

Überlegungen der SPD-Stadtratsfraktion zum Füssener Nachtragshaushalt 2022: (es gilt das gesprochene Wort)

Die SPD-Fraktion kann dem vorgelegten Nachtragshaushalt aufgrund der darin enthaltenen Unwägbarkeiten und Unwuchten nicht zustimmen. Nur die wichtigsten Gründe möchte ich hier erläutern.

Einen sehr kritischen Punkt stellt die in der Haushaltskonsolidierung enthaltene Finanzierung der dringend benötigten Sanierungsarbeiten am Bundesstützpunkt dar, einer Einrichtung, die für Füssen von größter Bedeutung ist und um deren Erhalt wir uns nachhaltig kümmern müssen. Ich zitiere aus meiner Rede vom März: „Füssen ist es seinem Ruf als Eishockeystadt und Curlingzentrum, dem engagierten Team im Bundesstützpunkt und all den Eis-Begeisterten schuldig, alles zu unternehmen, dass diese zentrale Sportstätte auch in Zukunft dauerhaft von der Kommune betrieben werden kann. Aber dazu müssen die Kosten der Stadt deutlich reduziert und die entsprechenden Förderungszuschüsse nachhaltig neu ausgehandelt werden.“ Das gilt auch heute weiter. Wir dürfen es nicht zulassen, dass sich Bund und Land hier schleichend aus ihrer Verantwortung stehlen.

Die Finanzierung des Bundesstützpunktes ist ein Beispiel dafür, wie auf diese Weise eine kleine und finanziell schwache Stadt wie Füssen völlig überfordert wird. Aktuell ist der Anteil der Stadt Füssen an den laufenden Kosten wie auch an den nötigen Investitionen viel zu hoch. 5,4 Millionen Euro werden allein für dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen veranschlagt, von denen die Stadt 3,2 Millionen in den nächsten Jahren bislang selbst finanzieren muss. Was bedeutet das: beim Bau der Arena Mitte der 90er Jahre wurden die Kosten wie folgt aufgeteilt: der Bund übernahm 65%, das Land 20% und einmalig der Landkreis 5% der Kosten. Heute aber soll die Stadt fast 60% der Investitionskosten tragen. Dabei ist doch völlig klar, dass ein Gebäude im Laufe der Jahre immer höhere Sanierungskosten aufweist. Die Verantwortung für die Kostensteigerungen kann nicht einfach der Kommune aufgedrückt werden, sondern muss von allen Beteiligten in fairer Weise getragen werden. Darum fordern wir Herrn Bürgermeister Eichstetter erneut auf, zusammen mit anderen betroffenen Kommunen den Schulterschluss zu suchen und bessere Finanzierungsmodalitäten zu verhandeln, die sich an der ursprünglichen Aufteilung orientieren. Die Sorge, dass dann ein anderer Ort den Bundesstützpunkt bekommen wird, nur weil sich Füssen um eine fairere Kostenaufteilung bemüht, teilen wir nicht, denn es wurde mit der Errichtung des einstigen Bundesleistungszentrums und heutigen Bundesstützpunktes eine solide Geschäftsgrundlage geschaffen, die weiter gilt. 5,4 Mio Euro plus weitere Ausgabenplanungen in Höhe von ca drei Millionen bei einer bislang veranschlagten Förderung von nur 2,2 Millionen Euro alleine für den BSP können in dieser Form nicht von Füssen aufgebracht werden.

Wir sehen aber auch noch eine Reihe weiterer Ausgaben sehr kritisch, weil unnötig: Allein 130 000 Euro stehen auf der Ausgabenseite für die unnötige Planung eines Radweges in Hopfen durch die Stadt Füssen. Diese Ausgaben sind bereits getätigt und schmerzen. Einen weiteren Ausgabenposten hätten wir uns sparen können und zugleich die Möglichkeit für mehr Wohnraum erhalten können, wenn das Projekt in der Ziegelwies nicht aufgegeben worden wäre. Nun stehen alleine 180 000 Euro an Ausgaben an, worunter auch die Rückzahlung von Fördergeldern fällt, die wir erhalten und bereits für den Wettbewerb verausgabt hatten. Diese müssen nach dem Wegfall des Fördergrundes, nämlich dem Bau von Wohnungen, zurückgezahlt werden. Zudem kommen noch weitere Kosten für die Abwicklung des gesamten Planungsvorhabens auf uns zu.

Herr Bürgermeister Eichstetter: hier haben Sie mit der Mehrheit des Stadtrats falsche Entscheidungen getroffen, deren Kosten nun im Haushalt eingestellt sind.

Aber auch der Erwerb mancher Grundstücke ist kritisch zu hinterfragen, sowohl was die grundsätzliche Notwendigkeit des Erwerbs derselben, als auch die Höhe des Preises betrifft.

Andererseits vermissen wir die Bereitschaft, die Einnahmen durch eine gerechtere Steuerlast zu verbessern. Obwohl das Landratsamt in seinen Schreiben wiederholt darauf hingewiesen hat, gibt es beispielsweise keine Planung für eine moderate Erhöhung etwa der Gewerbesteuern, was durchaus leistbar wäre und den städtischen Finanzen eine wichtige zusätzliche Einnahme verschaffen könnte.

Die SPD-Fraktion kann darum den vorgelegten Nachtragshaushalt nicht mittragen und lehnt ihn ab.

Die SPD-Fraktion bedankt sich bei Herrn Hartl und Herrn Klöpf sowie dem Team von der Finanzverwaltung, wie auch bei der gesamten Stadtverwaltung für ihr großes Engagement.

Füssen, den 27.09.2022

Ilona Deckwerth und Erich Nieberle
SPD-Stadtratsfraktion